



Die neue  
Volkspartei

Rathausklub Wien

123

AB

### Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätin Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

#### betreffend Transparenz der Kosten für Integration

Die anhaltenden Diskussionen über Integration in Wien und die zu Tage getretenen Probleme machen deutlich, wie wichtig es ist, Integration als eine allumfassende Querschnittsmaterie zu betrachten. Diesem Umstand wird jedoch im Moment von den politischen Verantwortlichen der Stadt Wien nicht entsprechend Rechnung getragen. Eine große, auf genau definierten Zielen basierende Strategie für Wiens Integrationspolitik ist nicht erkennbar. In allen Geschäftsgruppen der Stadt Wien werden Maßnahmen und Projekte finanziert, die integrationspolitisch relevant sind.

Es entsteht dabei öfters der Eindruck, dass in den verschiedenen Abteilungen unabhängig voneinander gearbeitet wird und Möglichkeiten zur vernetzten, abteilungsübergreifenden Umsetzung von Vorhaben nicht geprüft werden.

Seit 2008 bietet die Stadt Wien mit dem Programm „StartWien“ auf freiwilliger Basis verschiedene Beratungs- und Serviceleistungen für Zugewanderte an. Dazu gehört zum Beispiel der Bildungspass, mit dem die Teilnahme an diversen Infomodulen zu Themen wie Zusammenleben oder Gesundheit bestätigt wird. Pro absolviertem Modul wird ein 50- oder 100-Euro-Gutschein für einen Deutschkurs gültig, maximal bekommt man drei Gutscheine.

Das Gegenteil von gut ist oft gut gemeint. Das könnte auch für die Maßnahmen der Stadt Wien für die Integration von Zuwanderern gelten. Was auffällt: Seit 2008 haben überraschend wenig rechtmäßig in Österreich niedergelassene Drittstaatsangehörige einen Bildungspass bekommen. Angesichts der enorm hohen Zuwanderungsrate darf Wirkung des Wiener Integrationspaketes daher bezweifelt werden. Keine 30.000 Menschen haben bislang diesen Bildungspass erworben.

Ganz anders ist die Situation bei den Kursen des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), die seit 2017 verpflichtend sind. Hier steigen die Zahlen seit Jahren kontinuierlich an. Bereits nach knapp 3 Jahren ist die Teilnehmerzahl wesentlich höher. Hinzu kommt, dass ein vollständiger Überblick über die Kosten des Programms fehlt. Diesbezügliche schriftliche Anfragen ließen mehr Fragen offen als beantwortet wurden.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

#### Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für volle Transparenz hinsichtlich des Programms „StartWien“ aus. Dem zuständigen Ausschuss wird einmal jährlich eine Gesamtaufstellung präsentiert. Zudem spricht sich der Wiener Gemeinderat für eine ressortübergreifende Aufstellung der Kosten für Integration aus um einen besseren Überblick zu schaffen. Ziel sollte eine bessere Nutzung der Synergien sowie eine Vermeidung von Doppelgleisigkeiten sein.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.06.2020